



Der Vorsitzende des
Ausschusses für Soziales, Gesundheit,
Integration, Kinder und Familie

der Stadtverordnetenversammlung

Amt der Stadtverordnetenversammlung
E-mail: stadtverordnetenversammlung@wiesbaden.de
Rathaus-Schlossplatz 6-65183 Wiesbaden
Telefon (0611) 31-4554
Telefax (0611) 31-3902
Sachbearbeiter: Herr Weinert

Wiesbaden, 23.11.2016

ENTWURF

1. Den Mitgliedern des
Ausschusses für Soziales, Gesundheit, Integration, Kinder und Familie
2. Den Fraktionen
3. Dem Magistrat
4. Nachrichtlich
Frau Stadtverordnetenvorsteherin

Einladung

zur öffentlichen Sitzung
des Ausschusses für Soziales, Gesundheit, Integration, Kinder und Familie
am Mittwoch, 30. November 2016, um 17:00 Uhr,
Rathaus, Raum 22 (EG), Schlossplatz 6, Wiesbaden

- Vor Eintritt in die Tagesordnung findet eine Bürgerfragestunde statt -

Tagesordnung I

1. 16-F-02-0037

Ärztlicher Bereitschaftsdienst
- Antrag der CDU-Rathausfraktion vom 21.11.2016 -

Die Notaufnahmen der Wiesbadener Kliniken klagen alle darüber, dass vielfach Patienten, als sog. Selbsteinweiser zu ihnen kommen, die nur eine leichte Erkrankung aufweisen, wie z.B. eine Erkältung oder eine Magenverstimmung. Da die Notaufnahmen nach Dringlichkeit die Patienten behandeln, führt dies dazu, dass diese leichten Fälle lange in den Notaufnahmen warten müssen, was dann wieder zu Beschwerden führt.

Speziell für diese leichten Fälle gibt es den ärztlichen Bereitschaftsdienst (ÄBD), der in Wiesbaden eine Notfallpraxis in der Asklepios Paulinenklinik betreibt und auch Hausbesuche durchführt. Dieser ÄBD kann über die Telefonnummer 116117 erreicht werden. Diese Telefonnummer scheint aber bei der Wiesbadener Bevölkerung nicht sehr bekannt zu sein.

Der Ausschuss für Soziales, Gesundheit, Integration, Kinder und Familie möge beschließen:

Der Magistrat wird um Bericht gebeten,

1. welche Vorhaben bisher für die Verbreitung der Telefonnummer 116117 unternommen wurden?
2. Der Magistrat wird aufgefordert, ein Konzept vorzulegen, wie die Telefonnummer 116117 des ärztlichen Bereitschaftsdienstes in Wiesbaden bekannter gemacht werden kann.

2. 16-F-05-0019

Hebammen - Unterversorgung entgegenwirken

- Antrag der Stadtverordnetenfraktion der Freien Demokraten vom 22.11.2016 -

Freiberufliche Hebammen befinden sich momentan in einer schwierigen Situation. Immer mehr Geburtshelferinnen müssen ihren Beruf aufgeben, weil sie nicht mehr davon leben können. In Relation zum Einkommen machen hohe Haftpflichtversicherungsbeiträgen in Verbindung mit mangelhafter Refinanzierung durch die Sozialleistungsträger die Arbeit unwirtschaftlich und zwingen die Hebammen somit zur Aufgabe ihres Berufs. Dieses sensible Thema haben seit Ende 2015 verschiedene Parteien wiederholt in der Landeshauptstadt Wiesbaden aufgegriffen und den Magistrat mit unterschiedlichen Berichts- und Prüfanträgen beauftragt, um eine Hebammen-Versorgung in Wiesbaden sicherstellen zu können. Bis zum jetzigen Zeitpunkt konnte keine zufriedenstellende Lösung gefunden werden. Die Feststellung des Gesundheitsdezernenten vom 24.10.2016, nach der eine Unterversorgung in Wiesbaden nicht festzustellen sei, widerspricht einer sachverständigen Bewertung von Dr. Elias Naumann, Sonderforschungsbereich 884 „Die politische Ökonomie von Reformen“, Universität Mannheim, und Judith Jeron, Hebamme, Kreissprecherin Wiesbaden des Hessischen Landesverbandes (DHV), nach welcher für Wiesbaden im Jahr 2015 eine Unterversorgung von ca. 40% gegeben gewesen sei.

Der Ausschuss möge beschließen:

Der Magistrat wird gebeten, zu berichten:

Welche rechtlichen und tatsächlichen Möglichkeiten, insbesondere finanzieller Art, zur Unterstützung der freiberuflichen Hebammen in Wiesbaden gesehen werden und wie diese zeitnah, auch ohne bislang zweckgebunden zugesetzte Haushaltsmittel umgesetzt werden könnten.

3. 16-F-20-0007

ANLAGE

Förderung Mitinitiative

- Beschluss des Ausschusses für Soziales, Gesundheit, Integration, Kinder und Familie vom 02.11.2016 -

4. **16-V-51-0021** **ANLAGE**

Verwendung anteiliger Spielbankmittel (Tronc) für den Bereich Soziales 2016

5. **16-A-58-0001**

Aktuelle Entwicklungen im Sozial-, Gesundheits- und Integrationsbereich

6. **Verschiedenes**

Tagesordnung II

1. **16-F-03-0057** **ANLAGE**

Schuleingangsuntersuchung
- Bericht des Dezernates VI vom 04.11.2016 -

2. **16-V-20-0058** **DL 48/16-1**

Investitionscontrolling 3. Quartal 2016

3. **16-V-20-0060** **DL 48/16-2**

Vorlage der durch den Stadtkämmerer bis 30.09.2016 genehmigten über- und außerplanmäßigen Ausgaben

4. **16-V-33-0008** **DL 49/16-5**

Kommunale Koordinierung der Bildungsangebote für Neuzugewanderte - Einrichtung von zwei Personalstellen Bildungskoordination

5. **16-V-40-0008** **DL 48/16-4**

Bericht Entwicklung Grundschulkinderbetreuung und Ganztätige Angebote Schuljahr 2015/2016

6. **16-V-51-0029** **DL 50/16-1**

Wohnungsbauprogramm 2016 II. Ausführungsvorlage

- | | | |
|------------|---|--------------------|
| 7. | 16-V-51-0035 | DL 48/16-5 |
| | Grundsanierung und Ausbau der städtischen Kindertagesstätte Hessenring in Nordenstadt | |
| 8. | 16-V-51-0038 | DL 48/16-6 |
| | Wiesbadener Monitoring für den Übergang Schule - Beruf 2015 | |
| 9. | 16-V-51-0039 | DL 50/16-2 |
| | Bericht Tagesbetreuung für Kinder 2015/16 | |
| 10. | 16-V-51-0040 | DL 50/16-3 |
| | Sanierung und Erweiterung der sanitären Anlagen auf dem Jugendnaturzeltplatz des Stadtjugendrings; finanzieller Ausgleich des Projektes | |
| 11. | 16-V-51-0042 | DL 50/16-4 |
| | Verzicht auf Kündigungen der noch laufenden Verträge mit Freien Trägern der Jugend- und Sozialhilfe | |
| 12. | 16-V-51-0043 | DL 50/16-5 |
| | Nachwahl von Mitgliedern des Jugendhilfeausschusses | |
| 13. | 16-V-51-0044 | DL 50/16-6 |
| | Jahresbericht der Kinder-, Jugend- und Stadtteilzentren 2015 | |
| 14. | 16-V-80-8003 | DL 50/16-10 |
| | Beschäftigungsprojekt Wohnbetreuer 2017 bis 2019 | |
| 15. | 16-V-80-8007 | DL 50/16-11 |
| | Fortsetzung des Arbeitsmarktprojektes Gewerblich-technische und hauswirtschaftliche Helfer | |

Seite 5 der Einladung zur Sitzung des Ausschusses für Soziales, Gesundheit, Integration, Kinder und Familie am 30. November 2016

Falls ein Ausschussmitglied an der Teilnahme verhindert sein sollte, wird um Weitergabe der Einladung gemäß § 62 HGO gebeten.

Im Anschluss an die öffentliche Sitzung tagt der Ausschuss nicht öffentlich, falls Tagesordnungspunkte zur Beratung und Beschlussfassung in nicht öffentlicher Sitzung vorgesehen werden.

Rutten
Vorsitzender